

Standpunkte

zur Sommersession 2017 der Eidgenössischen Räte

Wirtschaftspolitische Marschrichtung

Im heutigen Umfeld grosser Unsicherheiten muss sich die schweizerische Wirtschaftspolitik auf mittel- bis langfristig wirkende Massnahmen zur generellen Verbesserung der unternehmerischen Rahmenbedingungen und der kostenseitigen Entlastung der Forschungs- und Exportindustrie fokussieren. Dazu gehören die Umsetzung wichtiger Reformen (u.a. Umsetzung BV Art. 121a, Steuerreform 2017, Altersvorsorge), der Verzicht auf kostenträchtige Regulierungsvorhaben (u.a. in der Aktienrechtsreform, zusätzliche BVG-Aufsichtsregeln) und die Vereinfachung bestehender, kostenintensiver Regulierungen (u.a. VOC-Abgabe, elektronische Zollverfahren).

15.072 (SR) Klima- und Energielenkungssystem

NEIN zum Klima- und Energielenkungssystem. Dieses ist nicht ausgereift und international nicht abgestimmt. Durch die Höhe der in Aussicht gestellten Lenkungsabgabe und den hohen administrativen Aufwand würde der Produktionsstandort Schweiz massiv in Gefahr gebracht.

16.083 (SR) Klimaübereinkommen

JA zur Ratifizierung des Klimaabkommens mit Vorbedingungen. Die Schweiz muss bei der Erreichung von Massnahmen im Inland und Ausland flexibel handeln und die CO₂-Abgabe darf nicht im nationalen Alleingang erhöht werden.

15.3545 (NR) Mo. Allen Unternehmen die Befreiung von der CO₂-Abgabe ermöglichen

JA zur Motion. Aufgrund der positiven Erfahrungen mit dem Zielvereinbarungsmodell ist grundsätzlich allen produzierenden Unternehmen die Möglichkeit zur Befreiung von der CO₂-Abgabe einzuräumen. Durch die Entschlackung beim Vollzug (Stichproben anstelle Vollkontrollen) kann der administrative Aufwand begrenzt werden.

16.072 (NR) Grenzüberschreitende Luftverunreinigung. Übereinkommen betreffend Schwermetalle. Änderung

JA zur Änderung. Die geforderten internationalen Grenzwertanpassungen sind in der Schweiz bereits implementiert.

16.035 (NR) Um- und Ausbau der Stromnetze. Bundesgesetz

NEIN zum Gesetz in der jetzt vorliegenden Form. Neben sinnvollen Elementen zur Weiterentwicklung des Stromnetzes enthält die Vorlage wirtschaftspolitisch **bedenkliche Forderungen zur Förderung der Grosswasserkraft**. Diese haben keinerlei inhaltlichen Bezug zur Stromnetz-Thematik. Weiterhin sind deren Wirkung und Kostenfolgen nicht abgeklärt.

16.078 (NR) Multilaterale Vereinbarung der zuständigen Behörden über den Austausch länderbezogener Berichte.

JA zur raschen Umsetzung des BEPS-Mindeststandards. Für die Industrie von grosser Bedeutung ist die Bestimmung, welche die Übermittlung länderbezogener Berichte über die bereits vor dem Inkrafttreten des Gesetzes liegenden Steuerperioden (2016/2017) vorsieht. Die vorgesehenen Strafbestimmungen sind jedoch zu weitgehend (z.B. wird Fahrlässigkeit bestraft) und der Strafrahmen ist zu hoch.

17.025 (SR) Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Georgien. Genehmigung

JA zum Freihandelsabkommen zwischen den EFTA-Staaten und Georgien. Damit wird das bestehende Netz an Freihandelsabkommen erweitert, den Unternehmen einen verbesserten Marktzugang gewährt sowie den diskriminierungsfreien Zugang zum öffentlichen Beschaffungsmarkt ermöglicht. Zudem wird der Schutz des geistigen Eigentums verstärkt sowie die Rechtssicherheit für den wirtschaftlichen Austausch erhöht.

17.021 (NR) Modernisierung und Digitalisierung der EZV (Programm DaziT). Finanzierung

JA zur Modernisierung und Digitalisierung der EZV. Als Vertreterin der grössten Exportindustrie der Schweiz unterstützt scienceindustries die zeitnahe Umsetzung der für unsere Mitgliedsunternehmen essentielle Modernisierung und Digitalisierung der Zollverfahren. Damit können die veraltete IT-Infrastruktur der Zollverwaltung ersetzt, die Regulierungskosten gesenkt und die Prozesse sowohl für die Industrie wie auch die Verwaltung schlanker und effizienter ausgestaltet werden.

17.3261 (NR) Wettbewerbsfähige Besteuerung von Start-ups

JA zur Motion der WAK-N. Start-ups leisten oft einen wichtigen Beitrag zur Innovationskraft der Schweiz. Die Verwaltung soll auch für diese Unternehmen und deren Mitarbeiterbeteiligungen eine attraktive und international wettbewerbsfähige Steuerlösung ausarbeiten.

17.3028 (SR) Ip. Vonlanthen Erasmus+ auf dem Abstellgleis. Ein Eigentor für das Bildungsland Schweiz?

JA zur Interpellation. Mit seiner Botschaft 2018-20 zur Förderung der internationalen Mobilität in der Bildung versucht der Bundesrat, die Mobilität von Schweizerinnen und Schweizern in allen Bildungsbereichen in einer **Übergangslösung** sicher zu stellen, denn seit Februar 2014 sind die Verhandlungen zur Assoziierung am Programm Erasmus+ sistiert. Mit den beantragten CHF 114,5 Mio. ist **der derzeit nötige Austausch sichergestellt**. Ab 2021 ist dann zu beurteilen, ob die erneute Assoziierung an Erasmus+ Ziel werden soll.

17.029 (SR) Medicrime-Konvention. Genehmigung und Umsetzung

JA zur Konvention und zu deren Umsetzung. Damit können die notwendigen Vorkehrungen getroffen werden, dass die **Schweiz nicht zum Einfallstor für gefälschte und illegale Heilmittel wird** bzw. nicht als solches Einfallstor wahrgenommen werden kann.

15.3835 (NR) Pestizide. Vorsorgeprinzip durchsetzen

NEIN zur Motion. Die Zulassungsbehörden beurteilen vor der Zulassung die Inhaltsstoffe und alle möglichen Wirkungen eines Mittels. Sie berücksichtigen - neben der gefahrenbezogenen Analyse eines Stoffes - auch die geschätzte tatsächliche Aufnahmemenge des Stoffes. In über 40 Jahren kamen Zulassungsbehörden weltweit immer wieder zum selben Ergebnis: **Bei bestimmungsmässiger und sachgerechter Verwendung von Glyphosat besteht für den Menschen kein Krebsrisiko.** Es gibt keinen Anlass, Glyphosat zu sistieren, verbieten oder dessen Verwendung einzuschränken. Sollten neue wissenschaftliche Informationen Grund zur Sorge geben, würden Industrie und Behörden aus Eigeninteresse umgehend entsprechende Massnahmen zum Schutz des Menschen und der Umwelt einleiten.

16.303 (NR) Kt.IV. BE. Verlängerung des Gentechmoratoriums

NEIN zu immer weiteren Verlängerungen des Gentechmoratoriums. Pauschale Technologieverbote ohne wissenschaftliche Grundlage sind grundsätzlich abzulehnen.

16.056 (NR/SR) Gentechnikgesetz. Änderung

JA zur Aufhebung des forschungsfeindlichen Pauschalverbots für Antibiotikaresistenz-Markergene (ARM) bei Freisetzungsvorversuchen. Manche ARM sind natürlicherweise, ohne menschliches Zutun, in Mikroorganismen der Umwelt weit verbreitet. Deren Verwendung zu Forschungszwecken in Pflanzen birgt daher kein zusätzliches Risiko für die Ausbreitung von Resistenzen. Die vom Bundesrat vorgeschlagene und von WBK-S und Ständerat empfohlene **Aufhebung des Pauschalverbots für Antibiotika-Resistenzmarkergene (Art. 6 Abs. 2 c GTG) ermöglicht eine differenzierte Risikobeurteilung** im Rahmen des Bewilligungsverfahrens, und ist im Interesse der Grundlagenforschung zu unterstützen.

15.4049 (NR) Synthetische Nanomaterialien. Regulatorische Lücken schliessen

NEIN zu einem Nanotechnologiegesezt. Nanomaterialien werden bereits im Rahmen ihrer Anwendung geregelt. Ein Nanogesezt hätte die Einführung zahlreicher Schnittstellen zwischen rechtlichen Bestimmungen zur Folge, **was die Umsetzung erschweren, jedoch die Sicherheit der Bevölkerung nicht verbessern würde. Hingegen wäre mit hohem administrativen Aufwand zu rechnen** und damit würde der Produktionsstandort Schweiz unnötig belastet.

scienceindustries ist der Schweizer Wirtschaftsverband Chemie Pharma Biotech. Seine rund 250 Mitgliedfirmen erwirtschaften über 98% Ihrer Umsätze im Ausland und tragen als grösste Exportindustrie 45% zu den Gesamtexporten und fast 40% an die privaten Forschungsaufwendungen der Schweiz bei.

Ihr Kontakt bei scienceindustries:

Dr. Beat Moser, Direktor

Tel. 044 368 17

beat.moser@scienceindustries.ch

Marcel Sennhauser, Leiter Kommunikation

Tel. 044 368 17 44

marcel.sennhauser@scienceindustries.ch